

Weniger Autobahnen werden billiger

- 1,4 Milliarden Euro Einsparungen beschlossen.
- Straßen werden als Landesstraßen gebaut.

Wien. Die nördliche Spange des Linzer Westrings (A26), die Verlängerung der Wiener Südost-Tangente (A23) zum Stadtentwicklungsgebiet Aspern, die A24 als Verbindungsspanne Rothneusiedl zwischen der A23 und der S1 in Wien sowie im Burgenland die S31 Süd bis Staatsgrenze werden aus dem Bundesstraßengesetz herausgenommen. Das hat der Ministerrat in seiner Sitzung am Dienstag beschlossen.

Die Autobahngesellschaft Asfinag soll sich damit bis 2016 rund 1,4 Milliarden Euro ersparen. "Es muss nicht jede Straße eine Autobahn sein, und nicht jede Autobahn in der XXL-Variante gebaut werden", meinte Verkehrsministerin Doris Bures. Bund, Asfinag und Länder hätten hier gemeinsam die beste Lösung erarbeitet, und zwar mit der größten Kosteneffizienz.

Einsparungen mit Ländern abgesprochen

Auch Kanzler Faymann begrüßte die Einsparungen. Er verwies gleichzeitig darauf, dass die Investitionen auf einem sehr hohen Niveau bleiben. Im aktuellen Asfinag-Bauprogramm sind von 2011 bis 2016 trotzdem 6,5 Milliarden Euro vorgesehen. Durch die Errichtung des inneren Teils der A23-Verlängerung als Landesstraße werden nach Angaben des Verkehrsministeriums 436,4 Millionen Euro eingespart gegenüber einer Errichtung als hochrangige Verbindung (668 Millionen). Die S31 Süd kostet als Landesstraße 37 Millionen Euro, das entspricht einer Einsparung von 83 Millionen gegenüber der Errichtung als Bundesstraße (120 Millionen Euro).

Gleichzeitig mit der Herausnahme der S31 Süd und des inneren Teils der A23 werden dem Land Burgenland sowie der Stadt Wien für die Errichtung als Landesstraßen Sonderzuschüsse durch den Bund, fällig nach Baufortschritt, gewährt. Die Erhaltung und Betreuung der Straßen erfolgt durch die Länder.

Die beiden Projekte waren bereits im Asfinag-Bauprogramm enthalten. Die Projekte A26 Nord und A24 wären erst für einen Zeitpunkt nach 2016 vorgesehen gewesen. Die Einsparungen belaufen sich nach heutigem Stand auf geschätzte 490 Millionen Euro in Wien bei der A24 und 400 Millionen in Oberösterreich bei der A26 Nord. In Summe bringt die Änderung im Bundesstraßengesetz also eine Einsparung von 1,4 Milliarden Euro.

Nach einer Evaluierung aller Asfinag-Projekte im Vorjahr in Bezug auf Bedarf und Kosteneffizienz haben das Verkehrsministerium, Asfinag und die Länder gemeinsam die günstigeren Varianten entwickelt.

Link zum Online-Artikel:

<http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=3942&Alias=wzo&cob=562344>